

Gemeinsame Initiative für eine patientenzentrierte und gerechte Gesundheitsversorgung in NRW

Köln, 23.07.2025 – In einer gemeinsamen Initiative haben das PatientInnen-Netzwerk NRW und der Koordinierungsausschuss der Patientenorganisationen in NRW ein umfassendes Eckpunktepapier verfasst, das die Weichen für eine zukunftsfähige, gerechte und patientenorientierte Gesundheitsversorgung stellt. Das Papier betont die zentrale Bedeutung der Patienteninteressen und fordert konkrete Maßnahmen, um die Versorgung für alle Menschen nachhaltig zu verbessern.

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen im deutschen Gesundheitswesen – von sozialen Ungleichheiten über fehlende Verzahnung der Versorgungsangebote bis hin zu den Folgen des Klimawandels – setzen die Organisationen auf eine stärkere Beteiligung der Patient*innen, mehr Transparenz und eine konsequente Ausrichtung der Strukturen an den Bedarfen der Menschen. Ziel ist es, eine Gesundheitsversorgung zu schaffen, die nicht nur qualitativ hochwertig, sondern auch barrierefrei, diskriminierungsfrei und sozial gerecht ist.

Das Eckpunktepapier fordert unter anderem die Einführung eines Aktionsplans zur Reduzierung gesundheitlicher Ungleichheiten, die Überwindung ambulanter und stationärer Sektorengrenzen sowie den Ausbau der Selbsthilfe- und Patientenbeteiligung. Zudem wird die Bedeutung einer sektorenübergreifenden Bedarfsplanung hervorgehoben, die sozioökonomische Faktoren berücksichtigt und die Versorgung in unterversorgten Regionen stärkt.

„Wir wollen eine Gesundheitsversorgung, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Patient*innen orientiert und ihre Rechte sowie ihre Mitbestimmung stärkt“, erklärt Günter Hölling, Sprecher des PatientInnen-Netzwerks NRW. „Gemeinsam können wir ein resilientes, gerechtes und solidarisches System aufbauen.“

Der Fokus liegt auch auf der Förderung der Gesundheitskompetenz, der Bekämpfung sozialer Ungleichheiten sowie der Sicherstellung barrierefreier und diskriminierungsfreier Zugänge. Zudem wird die Digitalisierung im Gesundheitswesen als Chance gesehen, die Kommunikation und die Versorgung insbesondere in ländlichen Gebieten zu stärken zu verbessern, sofern sie Datenschutz gewährleistet.

„Wir fordern eine stärkere Einbindung der Patient*innen in alle Entscheidungsprozesse und eine transparente Evaluation der Reformen“, so Gregor Bornes, Sprecher des Koordinierungsausschusses der Patientenorganisationen in NRW. „Nur so können wir eine Gesundheitsversorgung schaffen, die wirklich alle Menschen erreicht und ihre Rechte wahrt.“

Das Eckpunktepapier soll Impulse geben, um die Versorgung in Nordrhein-Westfalen nachhaltiger, gerechter und resilienter zu gestalten. Es ist ein Aufruf an Politik, Leistungserbringer, Kostenträger und alle Akteure im Gesundheitswesen, gemeinsam an einer patientenzentrierten Zukunft zu arbeiten und dient somit als Grundlage für Gespräche mit relevanten Entscheidungsträger*innen im Gesundheitswesen.



PATIENTINNEN-NETZWERK NRW
Für starke PatientInnen



KOORDINIERUNGSAUSSCHUSS DER
PATIENTENORGANISATIONEN IN NRW

Für weitere Informationen und Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an:

Jan Kaßner

Projektstelle Patientenbeteiligung NRW

E-Mail: jan.kassner@patientenbeteiligung.de

Telefon: 0152 – 53548880

Über das PatientInnen-Netzwerk NRW und den Koordinierungsausschuss der Patientenorganisationen in NRW

Der Koordinierungsausschuss der Patientenorganisationen in NRW nach § 140 f SGB V begleitet das Benennungsverfahren von Patientenvertreter*innen in den Gremien der gemeinsamen Selbstverwaltung des Gesundheitswesens.

Das PatientInnen-Netzwerk NRW als Zusammenschluss verschiedener Organisationen entwickelt seit 1999 gemeinsame Positionen, um die Patientenperspektive im Gesundheitssystem in NRW und im Bund zu stärken.

Im Jahr 2016 haben PatientInnen-Netzwerk NRW und Koordinierungsausschuss NRW das Projekt „Koordinierung und Vernetzung der Patientenbeteiligung in NRW“ ins Leben gerufen, das das Engagement der Patientenvertreter*innen in NRW koordiniert. Das Projekt wird vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW gefördert.